

PER EINSCHREIBEN MIT RÜCKSCHEIN

An das Bundeskanzleramt

z. Hd. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

– persönlich –

Willy-Brandt-Straße 1

D-10557 Berlin

Deutschland im November 2008

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

ich schreibe Ihnen heute diesen Brief, da die aktuelle Situation in Deutschland für viele Bürger das Leben weniger lebenswert macht. Mit Ihrer Politik haben Sie einen hohen Gang eingelegt und viele Deutsche können und wollen diesem Tempo nicht folgen.

Fachleute und Ausschuss-Sprecher berichten immer wieder, wie gut es uns gehe. Woher wissen diese Menschen das, wie kommen sie zu diesen Ergebnissen? Wenn ich betroffenen Bürgern begegne, höre ich das Gegenteil. Diesen Menschen droht das soziale Abseits, wenn nicht sogar das Aus, weil ihre Arbeitsstelle gekündigt wurde unter Angabe von Gründen, die einem sozialstaatlichen Verhalten unwürdig sind. Arbeitnehmer mit etlichen Jahren Berufserfahrung sind plötzlich zu alt oder aber der wirtschaftliche Nutzen des Produktionsstandortes „Ausland“ steht im Vordergrund.

Von einem ehemals geordneten Leben geradeaus, ohne Umwege, in das soziale und natürlich auch finanzielle Chaos. Aber der Staat hilft, sagen die Fachleute. Vom ehemals studierten Ingenieur hin zu ALG II, dank SGB I und II ist das möglich. Die Zeiten sind Hartz, liebe Frau Bundeskanzlerin. Mit staatlicher Unterstützung steht das Leben in Würde mit dem Rücken an der Wand, von psychischen Belastungen ganz abgesehen. Hoffnung und Zuversicht wurden von existenziellem Stress abgelöst.

Gehen Sie wirklich mit den Meinungsergebnissen teurer Wirtschaftsgremien konform, wenn behauptet wird, dass die Menschen in unserem Staat freudig „Leiharbeit“ als die Lösung annehmen? Leider ist auch hier wieder die Praxis nicht deckungsgleich mit dem theoretischen Konstrukt. Viele empfinden den Status des Leiharbeiters als Ausnutzung, da sie gezwungen sind, für vergleichsweise geringes Entgelt Leistung zu erbringen, die bei gleichem Zeitaufwand in Betrieben mit Festanstellung wesentlich höher entlohnt wird. Wo bleibt hier der Gleichheitsgrundsatz? Ich sehe darin keine Gerechtigkeit.

Der **Euro** hat unser Leben verändert. Hätten wir abstimmen dürfen, ob der Euro nach Deutschland kommen darf, hätte sich die Mehrheit der mündigen Bürger dagegen ausgesprochen. Seit 1990 dürfen wir nur noch wählen, aber nicht mehr während einer Wahlperiode entscheiden. Wieso eigentlich? Wurde das deutsche Volk gefragt, ob es auf den Bürgerentscheid und das Volksbegehren verzichten möchte? Ich kann mich nicht daran erinnern. Leider werden wir immer weniger gefragt und das persönliche Agieren ist zusammengeschrumpft auf erzwungenes Reagieren.

Die Preisspirale dreht immer höher, der Ausgleich ist seit Jahren nicht mehr gegeben. Folglich haben nicht nur Menschen, die in Brot und Arbeit stehen, mit dieser Inflation zu kämpfen. Technisches ist sehr günstig, macht aber selten satt. Lebenserhaltendes ist aus preislicher Sicht der neue Luxus.

Damit kommen wir zu den **Energie- und Spritkosten**, die seit Ihrem Amtsantritt kontinuierlich angehoben wurden und noch weiter steigen werden. Energie und Sprit sind zu einem immensen Kostenfaktor geworden und belasten nicht nur private Haushalte über Gebühr. Sie gefährden Existenzen, die Vielfalt der deutschen Kleinunternehmer kann sich dadurch auf das „Angebot“ weniger Großunternehmen reduzieren. Seit einiger Zeit kapitulieren Kleinbetriebe und melden Insolvenz an. Täglich sterben mehr Firmen, täglich stehen mehr Menschen auf der Straße, die ungewollt und plötzlich ohne Arbeit sind. Hier ist eine deutliche Steuersenkung angebracht und zusätzlich eine schärfere Kontrolle bezüglich Preisabsprachen. Weniger bewirkt oftmals mehr, Frau Bundeskanzlerin.

An dieser Stelle möchte ich die überheblichen Äußerungen von Herrn Sarrazin erwähnen, die wohl vielen einen Stich versetzt haben. Oder hat er sich bewusst so provokativ geäußert, um in den wohlbezahlten Ruhestand zu gehen?

Verbraucherkosten

Letztendlich werden alle Preissteigerungen (Energie etc.) in voller Höhe an den Verbraucher weitergegeben. Wieso hilft hier der Staat nicht und gebietet Einhaltung?

Altersvorsorge

Unter den oben genannten Gesichtspunkten ist es jetzt schon kaum mehr möglich, Rücklagen zu bilden. Wo sollen die Menschen ihre letzten Cent anlegen? In Versicherungen? In der Spekulationsblase „Rohöl“, die heute sehr gerne dem Kleinanleger empfohlen wird? Oder doch lieber in Staatsanleihen? Riester? Oder doch eher das Eigenheim? Was ist sicher außer der Tatsache, dass am Ende des Geldes noch so viel Monat übrig ist? Eine Versicherung? Ich wünsche mir, nein, ich erwarte von Ihnen, liebe Frau Bundeskanzlerin, dass Sie Transparenz in den Dschungel des

Banken- und Versicherungswesen bringen, damit jeder weiß, was aus seinem ehrlich verdienten und angelegten / gesparten Euro wird. Das ist Aufklärung an der Front.

Transparenz:

Beispiel: Ein Sparer zahlt monatlich 100 Euro versteuertes Geld bei einer Versicherung ein. Er nimmt an, dass er die Dividende in Höhe von 2,25% auf den eingezahlten Betrag erhält. Tatsächlich aber erhält er, je nach Gesellschaft, lediglich auf 50–60% des eingezahlten Betrages die vertragliche Dividende. Er unterschreibt also einen Vertrag, der 2,25% verspricht, tatsächlich erhält er umgerechnet jedoch nur 1,5%. Die Differenz wird mit staatlicher Erlaubnis als „Unkosten“ deklariert. Sehr aufschlussreich, wie ich finde.

Oder das Sparbuch: 0,5% Habenzinsen, während die Banken mit diesem Geld 20–30% Gewinn erwirtschaften. Moralisch gesehen ein Unding, wenn nicht sogar Wucher.

Zuzahlung im Gesundheitswesen

Statistisch gesehen hat Deutschland weniger Kranke. Auch hier klafft zwischen Theorie und Praxis eine große Lücke, denn es gibt tatsächlich jede Menge Menschen, die krank sind und sich die Zuzahlungen nicht mehr leisten können. Ergo auch nicht zum Arzt gehen können. Arm und krank, reich und gesund? Wo bleibt hier der Gleichheitsgrundsatz?

Solidaritätszuschlag

Die Mehrheit war dafür. Immerhin war diese zusätzliche Besteuerung auf zehn Jahre begrenzt; desto verwunderlicher, wie lange zehn Jahre doch dauern können. Alles ist relativ bis auf die Tatsache, dass heute die Mehrheit dagegen ist.

Unvermittelbarkeit im Alter

Ein Arbeitnehmer, der getreu seiner Pflicht 40 Jahre gearbeitet und diesen Staat mitfinanziert hat, steht plötzlich auf der Straße, eher gesagt auf dem Abstellgleis. „Zu alt“, „zu krank“, „schlicht zu teuer“, denkt man über ihn. Deshalb wurde er gekündigt. Zum Dank beginnt sein Kampf mit den Behörden, also gegen den Staat, für den er gearbeitet hat. „Unvermittelbar“ oder gar „überqualifiziert“ bekommt er vom Amt zu hören. Zum Glück gibt es ja den 1-Euro-Job, den der Hartz IV-Empfänger annehmen muss, um seine Bezüge nicht empfindlich gekürzt zu bekommen. Nach 40 Jahren Arbeit!!! Ich fordere eine Abstufung bei Hartz IV. Wer sich für den Staat eingebracht und vielleicht sogar aufgeopfert hat, kann nicht mit jemandem gleichgestellt werden, der bedingt, bzw. noch nie eine Leistung erbracht hat. Auch hier besteht nachhaltig Handlungsbedarf seitens der Regierung!

Perspektivlosigkeit der Jugend

Ich weiß nicht, wie es Ihnen ergeht, Frau Bundeskanzlerin. Ich höre nur Unzufriedenheit unter den Erwachsenen und frage mich Tag für Tag: Was soll, was kann man der Jugend Positives vermitteln, wie kann man die Jugend motivieren? Haben Sie eine Idee? Oder ist der neue Bildungsweg von der Geburtsstation über die Hauptschule direkt zu ALG II? Wo sind unsere Möglichkeiten geblieben? Wir waren das Land der Dichter und Denker, heute sind wir durch Medien geprägt, die der Entwicklung hin zum Menschsein entgegenstehen.

Die Tafeln

in Deutschland wachsen wie Pilze aus dem Boden, um die ärmsten der Armen zu versorgen. Ist das gewollt? Der Mensch, der gezwungen ist, diese Art von Hilfe in Anspruch zu nehmen, interessiert es herzlich wenig, ob Deutschland als Exportland an der Spitze zu finden ist. Wie mag er darüber denken, während er seine bezuschusste Wassersuppe isst? Warum gehört dieser Mensch, der wirklich will, nicht mit zu den Gewinnern? Warum wurde er zum Verlierer gemacht? Und von wem?

Fazit

Kinderarmut, Arbeitslosigkeit, Insolvenzen, Unzufriedenheit – ist das nicht ein Spiegel, wie es tatsächlich in dem Land aussieht, das von Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, regiert wird? Ist dies das Ergebnis des bekannten Ursache-Wirkungs-Prinzips und das Ergebnis Ihrer bisherigen Arbeit? Nächstes Jahr sind Wahlen. Die Spitzenpolitiker richten ihren Focus natürlich auf die Parteien, die den alteingesessenen Fraktionen Stimmen entziehen könnten. Wer die besten Versprechen formuliert, erhält die meisten Stimmen. Oder sind das eher Versprecher? Hand aufs Herz, Frau Bundeskanzlerin, Sie wissen am besten, wie es um die oben angeführten Fakten bestellt ist. Warum hat die Politik Bedenken, die Wahrheit zu sagen, ehrlich zum Bürger, dem Wähler zu sein?

Hier werden Parteiinteressen über die Belange des Bürgers gestellt, der Bürger hat zu Recht das Vertrauen in die Politik verloren und macht aus diesem Grund von seinem Wahlrecht keinen Gebrauch mehr, da neue Wahlen sowieso nichts ändern, egal, wer mit wem koalitiert. Ist das wirklich im Sinne der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und des deutschen Volkes?

Achten Sie mehr die Belange des Bürgers, der seine „Volksvertreter“ wählt. Politiker sollten die Stimme des Bürgers sein, nicht die Stimme der Wirtschaft und der Macht. Wir müssen die Folgen politischer Inkompetenz tagtäglich ertragen, denn sie gehen zu unseren Lasten.

Herr Sarrazin hat keine Pension verdient. Er sollte zurücktreten und von Hartz IV leben. Er hat schließlich den Plan bis auf den Cent aufgestellt, wie man mit den staatlichen Almosen umzugehen hat und bei 16°C Raumtemperatur ein würdevolles Leben führen kann.

Das ist noch nicht alles, Frau Bundeskanzlerin, es ist ein Auszug der Unzulänglichkeiten aus Politik und Wirtschaft und die Sicht der wahlberechtigten Bürger in meinem persönlichen Umfeld.

Ich freue mich, von Ihnen zeitnah eine Antwort zu erhalten

und verbleibe mit freundlichen Grüßen.

.....

ein(e) mündige(r) BürgerIn

© Serienbrief der „Initiative für soziale Gerechtigkeit!“